



Projektland: Maghreb

Quartal/Jahr: April bis Juni/2009

Schlagzeilen

- Tunesien strebt den „Fortgeschrittenen Status“ der EU an
- Präsidentschaftswahlen in Algerien
- Ausländer zunehmend im Visier algerischer Terroristen
- Kommunalwahlen in Marokko: Islamisten schwächer

Tunesien

Im Berichtszeitraum haben sich in Tunesien im außenpolitischen Bereich leichte Veränderungen ergeben, während sowohl die wirtschaftliche als auch die gesellschaftspolitische Lage stabil bleibt.

Die Außenpolitik Tunesiens ist auf die Vertiefung der Beziehungen zur Europäischen Union ausgerichtet. Das Hauptziel der tunesischen Regierung ist zur Zeit die Erlangung des „Fortgeschrittenen Status“ der EU, um die sich das Land während der im Juni abgehaltenen ersten erweiterten tunesisch-europäischen Assoziationstagung seit 2004 erneut beworben hat. Dieser Status wurde im Herbst letzten Jahres Marokko in Anerkennung seiner

demokratischen und rechtsstaatlichen Erfolge verliehen, während dieser Status Tunesien bisher noch nicht zuerkannt wurde. Das größte Hindernis zur Erlangung dieses „Fortgeschrittenen Status“ ist zweifellos die teilweise unzureichende Beachtung der Menschenrechte in Tunesien.

In diesem Zusammenhang will Tunesien aus der Problematik der illegalen Migration von Schwarzafrikanern nach Europa sowohl finanziellen als auch politischen Nutzen ziehen. So verweigerte das Land mehrmals die innenpolitisch heikle Rücknahme illegaler tunesischer Migranten von Italien. Erst nachdem Italien Finanzhilfen für die tunesische Landwirtschaft und Fischerei zugesagt hatte, erklärte sich Tunesien zur Rücknahme bereit.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg der tunesisch-europäischen Annäherung ist die unzureichende Beachtung demokratisch-rechtsstaatlicher Prinzipien, die sich an den Vorbereitungen zu den für Oktober anvisierten Präsidentschaftswahlen manifestiert. Ein Teil der Opposition beklagt sich über Behinderungen bei in ihrer Wahlkampfarbeit, da ihr für Parteiveranstaltungen keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt würden und Wahlplakate nicht frei gestaltet oder aufgestellt werden dürften. Nach außen versucht das Regime, den rechtsstaatlich-demokratischen Charakter der Wahl herauszustellen. So hatte der Präsident überraschend erklärt, dass die tunesische Regierung bereit sei, die Pforten des Landes für Wahlbeobachter aus „Bruder- und Freundesländern“ zu öffnen und ihnen alle Möglichkeiten zu geben, dass sie sich davon überzeugen können, dass die Regierung wirklich alles tut, um sämtliche Voraussetzungen für saubere und transparente Wahlen zu schaffen. Diese Ankündigung wurde später jedoch relativiert, indem zwischen ausländischen Wahlbeobachtern und Wahlprüfern/Kontrolleuren unterschieden wurde, wobei letztere keinen Zutritt zu Tunesien erhalten sollen.

Tunesien steht der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gelassen gegenüber. Nach einem Wirtschaftswachstum von 6,3% im Jahr 2007 und 4,7% im Vorjahr dürfte die Zuwachsrate in diesem Jahr wohl auf 3% sinken, nicht zuletzt, weil die Wirtschaft der EU als wichtigstem Außenhandelspartner lahmt. Insofern kann sich das prognostizierte Plus im internationalen Vergleich sehen lassen. Tunesien schlägt sich deshalb relativ robust, weil die Wirtschaft auf mehreren Standbeinen steht. Neben dem Tourismus und der Landwirtschaft sind die Elektroindustrie und der Maschinenbau wichtige Wirtschaftszweige. Insgesamt reicht die Liquidität aus, um die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten, den erforderlichen Zins- und Tilgungsdienst auf die restlichen Schulden sowie ein eventuelles Minus in den Außenbilanzen vollständig zu decken. Die Zentralbank hat den Betrieben umfangreiche finanzielle Hilfen gewährt. Die Inflation stellt bei einer Rate von 3,05% im letzten Quartal nach knapp 6% im Vorjahr kein allzu großes Problem dar.

Laut tunesischem Statistikamt ist die Arbeitslosigkeit im gesamten Westen Tunesiens am höchsten. Abgesehen von der nationalen Arbeitslosenrate von 14%, beträgt diese Rate im Nordwesten des Landes 19,6%, im Südwesten 20%. Die Gouvernorate Jendouba und Siliana verzeichnen mit 24% im Nordwesten die höchste Rate, die in der Vergangenheit auch schon darüber lag. Im Südwesten ist Tozeur mit 26% Spitzenreiter, gefolgt von Gafsa mit 20,1% und Kasserine mit 22,5%.

Der Vorsitzende des Bauernverbandes hat auf einer Tagung zum Thema Nahrungsmittelsicherheit darauf hingewiesen, dass die tunesische Landwirtschaft bis dato noch nicht die Stufe der umfassenden Modernisierung erreicht hat, die sie in die Lage versetzen würde, unbeeinflusst von den äußeren Veränderungen zu bleiben. Die Produktionsmöglichkeiten liegen um etwa 50% höher als die tatsächlich erreichten Ergebnisse. Das liegt insbesondere daran, dass die Bauern kaum Kredite von den Banken bekommen, und die Landwirtschaft Nachwuchsprobleme hat. Abhilfe könnte eine Öffnung des Agrarsektors für ausländische Investoren schaffen.

Algerien

Das innenpolitische Geschehen in Algerien wurde zu Beginn des Berichtszeitraums von den Präsidentschaftswahlen am 9. April 2009 dominiert, die der bisherige Präsident Abdelaziz Bouteflika erwartungsgemäß mit 90,24% der abgegebenen Stimmen gewann. Keinem anderen Bewerber stand ein derart weit gespanntes Unterstützernetzwerk, das Gewerkschaften wie Unternehmen umfasste, zur Verfügung. Eine Verfassungsänderung aus dem November 2008 hatte dem amtierenden Staatspräsidenten ermöglicht, sich für eine dritte Amtszeit von fünf Jahren zu bewerben. Die anderen fünf Kandidaten vereinten auf sich weniger als 10% der Stimmen: Louisa Hanoune von der trotzkistischen Arbeiterpartei PT (Parti des travailleurs), die erste Frau an der Spitze einer algerischen Partei und zugleich die erste Frau, die sich um das Präsidentenamt bewarb, erreichte mit 4,22% das beste Ergebnis aller Gegenkandidaten.

Einflussreiche Oppositionspolitiker boykottierten die Wahl mit dem Ziel, durch eine niedrige Wahlbeteiligung die Regierungspolitik zu delegitimieren. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007 nahmen nur 37% der Bevölkerung an den Wahlen teil. Die Regierungsseite hatte deshalb erhebliche Anstrengungen unternommen, um die große Partei der Nichtwähler zum Urnengang zu bewegen: Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 74,54%. Zwar bezweifeln ausländische und unabhängige algerische Journalisten diese Zahl; der eindeutige Ausgang der Wahlen zu Gunsten von Bouteflika wird aber nicht in Frage gestellt. Die hohe

Zustimmung in der Bevölkerung bei dieser Präsidentschaftswahl wird die Position Bouteflikas im algerischen Machtgefüge weiter stärken.

Bouteflika selbst ist parteilos, er genießt jedoch die Unterstützung der drei größten algerischen Parteien. Die ehemalige Einheitspartei FLN (Front de libération nationale), die nationaldemokratische Partei RND (Rassemblement national démocratique) und die gemäßigt islamistische Partei MSP (Mouvement de la société pour la paix) sind daran interessiert, den Status quo aufrechtzuerhalten. Sie sehen den Präsidenten als Garanten für Kontinuität; und dieser entsprach ihren Erwartungen, indem er eine Woche nach der Wahl die bisherige Regierungsmannschaft unter Premierminister Ahmed Ouyahia (RND) in ihrem Amt bestätigte.

Es ist zu erwarten, dass Bouteflika innenpolitisch seinen Kurs der nationalen Versöhnung fortsetzen wird, mit dem er das Land nach dem Bürgerkrieg im „schwarzen Jahrzehnt“ der 90er Jahre stabilisieren konnte. Jedoch bleibt die Sicherheitslage weiter angespannt. Auch im Berichtszeitraum ist die Zahl der Anschläge nicht zurückgegangen. Zunehmend werden dabei Ausländer und ausländische Unternehmen zur Zielscheibe, wie bei einem Angriff im Juni bei Bordj Bou Arreridj etwa 130 Kilometer südöstlich von Algier. Dabei kamen 24 von 30 Gendarmen ums Leben, die Geleitschutz für einen Konvoi von 6 Geländewagen chinesischer Arbeiter leisteten. Ausländische Investoren, die ohnehin damit kämpfen, dass sich das ehemals sozialistische Algerien nach einer leichten Öffnung zu Beginn von Bouteflikas Amtszeit seine Wirtschaft inzwischen wieder abschottet, werden durch derartige Nachrichten zusätzlich abgeschreckt. Ausländer sind zudem in zunehmendem Maß dem Entführungsrisiko ausgesetzt, da al-Qaida ihre Aktivitäten verstärkt durch Lösegelder finanziert.

Langfristig wird die Regierung dem Terrorismus nur dann den Nährboden entziehen können werden, wenn sie es schafft, der größtenteils sehr jungen Bevölkerung eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten. Zwar erreicht der Ölreichtum inzwischen auch Teile der Mittelklasse. Die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, bleibt jedoch eines der Hauptprobleme des Landes. Zuletzt überdeckte der hohe Öl- und Gaspreis die Strukturprobleme der einseitig vom Kohlenwasserstoffexport abhängigen algerischen Wirtschaft. In seiner Wahlkampagne hatte Bouteflika angekündigt, 150 Milliarden Dollar in die Transportinfrastruktur und in den Bau von 1 Million Wohnungen zu investieren. Auf diese Weise sollen 3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Opposition kritisiert allerdings, dass diese Maßnahmen sich nicht nachhaltig auf den Arbeitsmarkt auswirken, da zu viele Fremdarbeiter – und dabei vor allem Chinesen – diese Infrastrukturprojekte realisieren.

Auch wenn die algerische Wirtschaft nach wie vor auf den Hydrocarbonsektor fokussiert ist, erkennt man zunehmend die Vorteile der erneuerbaren Energien, insbesondere der Sonnenenergie. Gerade die deutsche Exportwirtschaft profitiert davon. So wird das Solar-Institut Jülich (SIJ) der FH Aachen gemeinsam mit der IATech GmbH, den Kraftanlagen München und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) eine Machbarkeitsstudie für den Bau eines Solarturmkraftwerks in Algerien erstellen. Der Auftrag stammt von der algerischen Regierung; das Bundesumweltministerium fördert das Projekt finanziell.

Außenpolitisch konnte Algerien es sich bisher leisten, die Europäische Nachbarschaftspolitik abzulehnen, da Europa auf seine Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung angewiesen und auf Grund seines Interesses an algerischem Öl und Gas bereit war, Bouteflikas autoritären Regierungsstil und seine nationalistische Wirtschaftspolitik hinzunehmen. Angesichts des in den letzten Jahren angeschlagenen Gesundheitszustandes des inzwischen 72jährigen Präsidenten hat die EU ein verstärktes Interesse an einer Stabilisierung des Landes unabhängig von Bouteflikas Person. Ob sich das darin äußert, dass sie in Zukunft stärker auf Rechtsstaatlichkeit, demokratische Verhältnisse, eine nachhaltige Diversifizierung der algerischen Wirtschaft und auf soziale Gerechtigkeit pocht, bleibt abzuwarten.

Marokko

Marokko ist weiterhin sehr darauf bedacht, die in das Land durch die Gewährung des „Fortgeschrittenen Status“ der Europäischen Union gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Gerade vor diesem Hintergrund sind die Kommunalwahlen im Juni als das wichtigste innenpolitische Ereignis zu bewerten. Zudem spiegelt sich im Ergebnis der Wahlen die politische und gesellschaftliche Ausrichtung des Landes wider. Bei den Kommunalwahlen gewann die erst vor zehn Monaten von einer dem König nahestehenden Persönlichkeit gegründeten Partei für Authentizität und Modernität (PAM) 18,7% der Stimmen. Sie ließ die traditionellen Formationen wie die Unabhängigkeitspartei Istiqlal (16,6%) von Premier Abbas al-Fassi, die konservative Nationale Gruppierung der Unabhängigen (RNI: 13%) und die Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP: 10,8%) hinter sich. Die großen Verlierer des Urnengangs, bei dem 27.795 Volksvertreter in 1.503 Gemeinden gewählt wurden, sind die Islamisten der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD: 7,5%). Zwar kandidierten sie nur in den großen Städten, dennoch scheint ihr Zuwachs in den vergangenen Jahren gestoppt. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,4%. Dies wurde vom Innenministerium als Erfolg gefeiert, denn bei dem Parlamentswahlen 2007 fanden nur 37% den Weg an die Urnen.

Erstmals werden in Marokkos Gemeinderäten dank einer gesetzlichen Quote 12% Frauen vertreten sein.

Gründer und Vorsitzender der neuen „Partei des Königs“ Partei für Authentizität und Modernität (PAM) ist Fuad Ali al-Himma, ein enger Freund und ehemaliger Schulkamerad von König Mohamed VI. Diesem diente der 46-Jährige als Kabinettschef und später als starker Mann für die innere Sicherheit. Dank des Ergebnisses der Kommunalwahlen wurde al-Himma über Nacht zur zentralen Figur in der marokkanischen Politik. Im Parlament hat seine PAM 46 Abgeordnete. Die PAM-Fraktion setzt sich dabei aus Überläufern anderer Fraktionen zusammen. Dies ist nach marokkanischem Recht zwar nicht erlaubt, da jemand, so lange er ein gewähltes Amt inne hat, die Partei nicht wechseln darf. Doch die Gerichte wiesen eine Klage des Innenministeriums gegen die PAM ab. Sie trat daraufhin am 29. Mai aus der Regierungskoalition aus und ist jetzt mit den Islamisten der PJD in der Opposition. Doch auch unter al-Himmas 17.000 Kandidaten für die Kommunalwahlen finden sich nicht nur neue Gesichter. Neben jungen qualifizierten Marokkanern, die al-Himmas Versprechen, die Politik des Landes zu erneuern, attraktiv finden, zieht die PAM vor allem im ländlichen Marokko auch alt eingesessene Provinzfürsten und Oligarchen an. Diese kontrollieren normalerweise das Stimmverhalten der Bewohner.

Hinsichtlich der Menschenrechtsslage und der freien Meinungs- und Religionsausübung gibt es trotz der engen und guten Beziehungen zur EU in einigen Punkten unterschiedliche Auffassungen. So wurden vier spanische Staatsbürger und eine deutsche Staatsbürgerin wegen illegaler Missionstätigkeit ausgewiesen. Regierungssprecher Khaled Naciri betonte, Marokko garantiere die Religionsfreiheit, Proselytismus und Evangelisierung seien aber nicht möglich. Der katholische Erzbischof von Rabat und der Vorsitzende der evangelischen Kirche in Marokko erklärten daraufhin übereinstimmend, dass die Kirchen in Marokko jegliche Aktivität des Proselytismus ablehnen. Es gebe keinerlei Verbindungen zwischen den offiziellen Kirchen und den evangelikal Missionaren. Die Aufgabe der Kirche in Marokko bestehe darin, den Christen zu helfen, ihren Glauben zu leben und mit den Muslimen einen Dialog aufzunehmen. Sogar der Vorsitzende des marokkanischen Zentrums für die Menschenrechte begrüßte die Ausweisung der evangelikal Missionare: So wie die westlichen Länder die Laizität und den christlichen Glauben gegen die islamistische Propaganda verteidigen würden, habe auch Marokko das Recht, seine Religion vor den evangelikal Missionaren zu schützen.

Marokko will Drehscheibe zwischen Europa, Afrika und Amerika werden und setzt dabei weiterhin auf die Öffnung der Wirtschaft und der Beseitigung noch vorhandener bürokratischer Hindernisse. Eine reibungslose Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem

Ausland ist eine Voraussetzung dafür. Grundlegende Probleme gibt es im Zahlungsverkehr mit Marokko zwar nicht mehr. Dennoch treten im Einzelfall Hindernisse auf, was der schwerfälligen Administration und schlecht informierten Bankangestellten geschuldet ist.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: DR. JÜRGEN THERES, REGIONALBEAUFTRAGTER MAGHREB
REDAKTION: DR. GERALD SCHUSTER
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-369 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
E-MAIL: THERES@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSSMA.ORG
ERSTELLT AM: 20.07.09